



1. Mai 2010
8. Jahrgang
kostenlos

Kapitalismus

abwracken!

Ein proletarisches Grußwort zum 1. Mai

Anfang 1886 rief die nordamerikanische Arbeiterbewegung zur Durchsetzung des Achtstundentags für den 1. Mai zu einem Generalstreik auf – in Anlehnung an die Massendemonstration am 1. Mai 1856 in Australien, die ebenfalls den Achtstundentag gefordert hatte. Der Kampf in den USA für den Achtstundentag endete 1886 in Chicago in einem Blutbad, mit zahlreichen Toten und vier hingerichteten anarchistischen Arbeitern. Auf einem internationalen sozialistischen Kongress 1889 wurde zum Gedenken an die Opfer dieses Kampfes der 1. Mai als „Kampftag der Arbeiterbewegung“ ausgerufen. Seitdem kam es an diesem Tag weltweit zu Massenstreiks und Massendemonstrationen, bei denen für eine Verbesserung der miserablen Lage der Arbeitenden gekämpft wurde. Auch in Deutschland fanden seit dieser Zeit regelmäßig Maidemonstrationen statt. Die Gründe blieben dabei weitgehend die gleichen, nämlich prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen durch die kapitalistische Herrschaft. Im Jahr 2010, also über 100 Jahre später hat sich an den Bedingungen nichts grundlegendes geändert. Der Ausbeutung wurden nur neue Namen hinzugefügt:

Dumpinglohn - Leiharbeit - Hartz IV

Extreme Niedriglöhne von 2,50 € bis 7,50 € die Stunde sind keine Seltenheit. Im Einzelhandel, Friseur- und Baugewerbe und vielen anderen Branchen sind Billiglöhne an der Tagesordnung. Pikant an der Sache ist, dass die Auftraggeber oft Kommunen oder öffentliche Arbeitgeber

sind, also der Staat. Ein-Euro-JobberInnen müssen Grünanlagen und öffentliche Plätze säubern, oder gefährliche Abrissarbeiten an Gebäuden durchführen. Das ist blanke Ausbeutung für den Staat durch den Staat. Doch auch sogenannte Subunternehmer



beuten Arbeitskräfte unfassbar aus. Oft werden Mindestlöhne und -standards, die es in einigen Berufsbranchen schon gibt, rücksichtslos ausgehebelt. ArbeiterInnen sehen sich genötigt, für den Erhalt ihres Dumpinglohnes zu demonstrieren: So beispielsweise bei den PostzustellerInnen der Fa. PIN bereits geschehen. Viele Arbeitsverträge, sofern es welche gibt, sind so vereinbart, das die ArbeiterInnen gezwungen sind, zusätzlich Leistungen über Hartz IV zu beantragen. Hartz IV-EmpfängerInnen werden genötigt, Billigjobs zu Hungerlöhnen anzunehmen. Wenn sie es nicht tun, verlieren sie ihren Anspruch auf Leistungen. Von ihren kapitalistischen Arbeitgebern schon

jahrelang ausgebeutet, werden sie von den Arbeitsagenturen und Jobcentern der ARGE behandelt wie BittstellerInnen. Repressionen der SachbearbeiterInnen gegenüber den antragstellenden Personen sind keine Seltenheit. Die bürokratische



Formularwut, notwendig um überhaupt Leistungen zu erhalten, tut ihr übriges. Menschen mit migrantischem Hintergrund und politische Flüchtlinge werden auf den Ämtern offen missachtet. Um überhaupt Sozialhilfe zu erhalten, müssen sie Hürden überwinden, die von den Betroffenen kaum zu meistern sind. Die Folgen für die Menschen sind: Ausgrenzung, Armut sowie Bildung auf niedrigsten Niveau und für die Städte bedeutet dies: Gentrifizierung bzw. Yuppisierung.

Moderner Sklavenhandel mit Methode

Leiharbeitsfirmen, in Absprache von Staat, Kapital und DGB-Ge-

werkschaften errichtet, schießen wie Pilze aus dem Boden. Sinn des Ganzen ist es, in Spitzenzeiten der Produktion oder anders gesagt zur Gewinnmaximierung des Kapitals, schnell auf billige Arbeitskräfte zurückgreifen zu können. Die Löhne für LeiharbeiterInnen liegen weit unter dem eines tariflich entlohnten Beschäftigten. Arbeitsverträge und Tariflöhne werden oft von den Personal- und Konzernchefs versprochen, falls sich die LeiharbeiterInnen besonders „arbeitgeberfreundlich“ verhalten.

Wie ist die Realität?

In der Hoffnung, einen festen Arbeitsplatz zu bekommen, nehmen viele Lohndumping und Überstunden in Kauf. Die LeiharbeiterInnen werden von den Stammbesetzungen oft gemieden, soziale Kontakte im Betrieb sind erschwert, Zutritt zu Sozialräumen werden des öfteren verhindert. Neueingestellte speist man mit den miesen Tarifen der Leiharbeitsbranche ab und somit wird die Lohnspirale kontinuierlich nach unten geschraubt. Besetzungen und LeiharbeiterInnen werden gegeneinander ausgespielt:

Solidarität unerwünscht !!!

Die Losungen, nicht nur am 1. Mai, können daher nur heißen:
- *Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!*
- *Hartz IV und Leiharbeitsfirmen abschaffen!*
- *Gegen Lohnarbeit, Leistungsterror und Konkurrenz!*
- *Kapitalismus abwracken!*

MIKE

ALLGEMEINES SYNDIKAT MÜNCHEN

BETRIEB UND GESELLSCHAFT

Kapitalismus abwracken
Ein proletarisches Grußwort zum 1. Mai.....1

Die Faust in der Schlinge
Mit dem Recht auf Streik ist es in Deutschland nicht weit her.....1+2

Es sind die ArbeiterInnen, die die Welt erschaffen
Das Arbeitnehmererfindungsgesetz.....2

Luftangriff auf die Bosse
Die brutalen Kampfmethoden von ver.di & Co.....3

History is a Weapon
Geschichte ist eine Waffe.....3

John Taylor Gatto
Die inoffizielle Geschichte des amerikanischen Schulsystems3

Wir kämpfen für unsere Sache
Ein Interview mit der "Bunten Aktion Burghausen".....4

BILDUNG

Kampf dem kapitalistischen Bildungssystem!
Die Bildungsproteste 2009/10.....5

GESCHICHTE & KULTUR

Wir wollen alles
Die operaistische "Gruppe Arbeitersache".....6

Union Song
Das "Gewerkschaftslied" von Tom Morello.....7

LETZTE SEITE

Was will die FAU/IAA
Eine Selbstdarstellung8

Impressum
und Kontakt.....8

Die Faust in der Schlinge

Mit dem Recht auf Streik ist es in Deutschland nicht weit her. Nach den Lokführern und der FAU Berlin werden nun die Piloten in die Schranken gewiesen

Wer nicht streiken darf, steht fast schon auf der Stufe eines Landsknechtes. Wo es einem unter Strafandrohung untersagt ist, die Arbeit zu verweigern, bleibt einem nur die Kündigung oder soldatischer Gehorsam am Arbeitsplatz. Natürlich ist die Situation der „freien Lohnarbeiter“ in Deutschland nicht ganz so düster; die Möglichkeiten zu streiken sieht das deutsche Recht durchaus vor. Sie unterliegen aber einer strengen Reglementierung. Und damit ist keineswegs nur die Ächtung des politischen Streiks gemeint, die in der Gewerkschaftsdebatte zuletzt mehrfach beklagt wurde. Das Problem sitzt viel tiefer. Denn selbst simple Arbeitskämpfe können in Deutschland leicht illegalisiert werden. Der repressive Charakter des deutschen Streikrechts ist schon lange bekannt, war im Großen und Ganzen aber nur theoretisch zu ertasten.

Erst in letzter Zeit zeigten sich dessen rigide Grenzen für viele spürbar auch in der Realität, seitdem sich zunehmend Kämpfe jenseits des DGB entwickeln. Der DGB selbst, mit seinen sozialpartnere chaftliche n Ritualen und seiner institutionalierten Rolle als anerkannter und gewollter Verhandlungspartner der Arbeitgeber, kriegt das nur selten zu

spüren, wie im Falle der Tendenzbetriebe. So entschied im März das Arbeitsgericht Bielefeld, dass es ArbeiterInnen der Evangelischen Kirche nicht erlaubt sei, zu streiken. Das Gericht ächtete damit nachträglich einen Ausstand ver.di's indiakonischen Einrichtungen der Region.

„Gott kann man nicht bestreiken“



triumphierte die Kirche und zementierte mit ihrer erfolgreichen Klage ihr Sondersystem der Arbeitsbeziehungen. Was die Kirche hierbei als „Dritten Weg“ bezeichnet, sieht einen strikten Korporatismus zwischen den Interessengruppen vor. Ohne Druckmittel solle verhandelt werden, im Streitfall per Schlichtung. Eine Art Miniaturfaschismus mag manch einer das nennen. Außerhalb der Tendenzbetriebe oder etwa des Beamtentums stoßen vor allem die kampfwilligen Gewerkschaften jenseits des DGB auf die Grenzen des Streikrechts. Aktuell trifft es die Pilotengewerkschaft Cockpit. Als diese Mitte Februar bei der Luftansa in den Streik trat, versuchte der Konzern, eine einstweilige Verfügung gegen den Streik zu erwirken, und drohte gleichzeitig mit einer Schadensersatzklage in Millionenhöhe. Die „Einigung“ vor Gericht, an den Verhandlungstisch

Der 1. Mai in München

Um 9 Uhr 45 Treffen am Gewerkschaftshaus (Schwanthaler Straße) zum antikapitalistischen Block innerhalb der DGB-Demonstration, die um 10 Uhr 15 losgeht.

Von 10 bis ca. 17 Uhr findet am Rindermarkt (Nähe Marienplatz) ein liberträres 1. Mai-Fest statt. Auf diesem Kundgebung wird es verschiedene Büchertische, Redebeiträge, Infostände, Kulturbeiträge und Live-Musik von den Bands Sparifankerl und No Signal geben.

Am Abend findet im EineWeltHaus (Schwanthaler Str. 84) noch ein Fest im Biergarten sowie ein Konzert statt.



zurückzukehren, war aufgrund der Erfolgchancen relativ alternativlos für Cockpit. Auf den Punkt brachte dies die anwaltliche Vertretung der Lufthansa: In einer Pressemitteilung rühmte

sich die Kanzlei Lovells, die Piloten nach nur einem Tag Streik „gestoppt“ zu haben. In den einstweiligen Verfügungen finden die Arbeitgeber ein effektives Instrument zur Ausbehebung von Streiks. Zudem ver-

bergen sich hinter solchen Manövern Juristen, die sich fast schon auf das „Union Busting“ spezialisiert haben. Denn mit Lovells greift die Lufthansa auf eine Kanzlei zurück, die schon die GDL bei der Deutschen Bahn 2007 zwischenzeitlich stoppen konnte. Und diese Kanzlei fusioniert im Mai mit Hogan & Hartson zu einer der Top-Kanzleien der Welt. Hogan & Hartson wiederum vertreten das Berliner Kino Babylon Mitte im Konflikt mit der FAU Berlin, der Ende vorigen Jahres die Arbeitskämpfmaßnahmen untersagt wurden.

Klassenjustiz im Dienste der Bosse

Wurde der FAU Berlin der Arbeitskampf aufgrund angeblich fehlender Tariffähigkeit verboten, stehen die Piloten unter Druck, weil eines ihrer zentralen Anliegen nicht vom Tarifrecht gedeckt sei. Die Piloten wollen nämlich auch ausländische Konzerntöchter in den Konzerntarif integrieren, um ein Lohndumping durch billigere Piloten zu unterbinden. Eben diese Sprengung der nationalen Tarifschranken betrachten die Lufthansa und ihre Anwälte als „keine zulässigen Streikziele“. Im Zuge des zweiten Streikauflaufs Mitte April musste nun Cockpit, erneut unter dem Druck massiver Schadensersatzforderungen, die Zusage zu einem Schlichtungsverfahren machen, bei dem es nur um Vergütung und Arbeitsbedingungen geht. Das außergewöhnliche Hauptanliegen der Piloten ist damit formal vom Tisch. Die Lufthansa könnte sich aber zu früh gefreut haben. Denn indes gab ein Cockpit-Sprecher bekannt, die Laufzeit eines

möglichen Tarifergebnisses der Schlichtung – und damit die Friedenspflicht – auf wenige Wochen beschränken zu wollen. So sei man nach kurzer Zeit wieder streikfähig.

Nicht nur aufgrund dieser alten syndikalistischen Methode oder dem interessanten Versuch, den Konzerntarif zu internationalisieren, sollten die Piloten unsere Aufmerksamkeit genießen. Denn die Verteidigung des Rechts auf Streik sollte für alle GewerkschafterInnen von höchster Priorität sein, auch wenn man Kritik am Berufsegoismus der Piloten oder Lokführer haben mag. In Anbetracht der Wirkung derartiger Präzedenzfälle auf die Situation aller Lohnabhängigen gilt es, differenziert solidarisch zu sein. Die FAU sollte hier die Weitsicht zeigen, die viele Gewerkschafter im Falle des Gewerkschaftsverbots für die FAU Berlin haben missen lassen. Sonst gilt für uns alle schon bald das Streikzölibat des Kirchenkorporatismus.

HOLGER MARCKS

(FAU BERLIN)

Karl Marx

„Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. [...] Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse [...]“

(AUS "LOHN, PREIS, PROFIT." MEW 16, S.152)

Es sind die ArbeiterInnen, die die Welt erschaffen

Arbeitnehmererfindungen per Gesetz enteignete Ideen der Arbeitenden

Wir werden von den Chefs bestohlen

Während über die Verstaatlichung von ohnehin wertlosen Banken in den Medien lautstark diskutiert wird, werden wir als sogenannte ArbeitnehmerInnen tagtäglich enteignet, ohne dass sich darüber öffentlich aufregt wird. Das, was wir ständig erschaffen, wird uns gegen eine geringe Vergütung weggenommen, die uns lediglich für den Zeitaufwand entschädigen soll. Was wir herstellen und was damit geschieht, bestimmen andere ebenfalls. Als ob diese Enteignung der materiellen Leistung noch nicht genug

passiert, bestimmt das Gesetz über „Arbeitnehmererfindungen“ für Erfindungen, die ArbeitnehmerInnen während der Dauer des Arbeitsverhältnisses machen, weitreichende Melde- und Anbieterspflichten gegenüber dem sogenannten Arbeitgeber.

Sie wollen nicht nur unsere Arbeitskraft

Unterschieden werden dabei sogenannte gebundene Erfindungen, die im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis erfolgen, und freie Erfindungen, bei denen kein Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis besteht. Hierbei gilt eine Erfindung auch dann als gebunden, wenn sie zwar in der Freizeit erfolgt, aber auf Erfahrungen und Kenntnissen beruht, die im Zusammenhang mit der Arbeit stehen. Für die gebundenen Erfindungen

Erfolgt innerhalb von vier Monaten nach Eingang der Erfindungsmeldung keine Erklärung des Arbeitgebers, greift die so genannte Inanspruchnahmefiktion, d. h. die Erfindung gilt automatisch als beansprucht. Diese Regelung wurde erst kürzlich eingeführt, da es Arbeitgeber offensichtlich des Öfteren nicht geschafft hatten, die Inanspruchnahme rechtsgültig zu erklären. Auch bei freien Erfindungen, die ArbeitnehmerInnen ohne direkten Zusammenhang mit einer Berufstätigkeit machen, besteht eine Mitteilungs- und Anbieterspflicht, wenn eine Verwertung durch den Arbeitgeber im Rahmen seines Geschäftsbereichs möglich erscheint. Wer also in Deutschland einen Arbeitsvertrag unterschreibt, verkauft nicht nur seine Arbeitskraft.

Wer das Geld hat, hat die Macht

Die Höhe der Entschädigung richtet sich nach dem Wert und danach, wie eng die Erfindung mit dem Arbeitsgebiet im Zusammenhang steht. Sie kann zwischen ArbeitnehmerInnen und Arbeitgeber ausgehandelt werden. Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, kann sie der Arbeitgeber festsetzen. Die ArbeitnehmerInnen wiederum können der Festsetzung innerhalb von zwei Monaten widersprechen. Bei der Entschädigung gibt es verschiedene Möglichkeiten den Erfinder zu prellen. In der Automobilindustrie beispielsweise gibt es ein "gentleman agreement" zwischen den größten Herstellern, untereinander möglichst keine Lizenzgebühren zu zahlen. Wenn man keine Lizenzgebühren einfordert, findet keine Verwertung der Erfindungen statt, und so spart man sich auch die Vergütung für die ErfinderInnen. Es ist auch üblich, die

Entwicklungstätigkeit von Ingenieurbüros durchführen zu lassen, die dann wie Leiharbeitsfirmen fungieren. Oft wird vereinbart, dass alle Patentrechte automatisch an die beauftragende Firma übergehen. Das Ingenieurbüro behauptet dann, dass keine Verwertung stattfindet.

Widerstand auch gegen die geistige Ausbeutung

Wenn wir wirklich gute Ideen haben, aus denen eventuell Erfindungen hervorgehen könnten, sollten wir also warten bis das Arbeitsverhältnis vorbei ist – dies geschieht heutzutage immer schneller – und uns dann Gedanken machen. Wir brauchen uns mit dem Argument, dass keine Verwertung stattfinden wird, auch nicht um die Vergütung prellen lassen. Denn es kommt nur auf die Verwertbarkeit der Ideen bzw. Erfindungen an. Wenn gar nichts gezahlt wird, empfiehlt es sich nach einem obligatorischen Schiedsverfahren Klage vor dem Arbeitsgericht zu erheben und die Vergütungshöhe in das Ermessen des Gerichts zu stellen. Ein solcher Prozess würde außerdem eine gute Gelegenheit bieten, die oben beschriebenen Schweinereien öffentlich zu thematisieren. Hier kann dann „unser“ Arbeitgeber erklären, warum er denn die ganzen Gebühren zur Erlangung der Schutzrechte bezahlt, wenn die Erfindung angeblich nicht zu verwerten ist. Auch ließen sich auf diese Weise – wenn externe Firmen mit der Entwicklung beauftragt wurden – interessante Erkenntnisse über die zugrunde liegenden Verträge gewinnen.

Patentguerilla und kapitalistische Realsatire

Außerdem könnten wir Erfindungsmeldungen über skurrile und nutzlose Erfindungen machen, bei denen sich dann die Vorgesetzten den Kopf



zerbrechen dürfen, ob sie nun die Erfindung in Anspruch nehmen oder nicht. Da es im Kapitalismus sowieso keine klaren Trennlinien zwischen Realität und Satire gibt, könnten auf diese Weise erhebliche Ressourcen gebunden werden. Besonders für einen mit Entwicklungsaufgaben unterbeauftragtem Betrieb dürfte dies unangenehm sein, da dieser wiederum erst bei seinem Auftraggeber nachfragen muss, ob er die Erfindung wirklich freigeben darf. Vielleicht schafft es ja auch der Ausbeuter nicht, rechtzeitig die Erfindung freizugeben. Da die Inanspruchnahmefiktion vor allem deswegen eingeführt wurde, da sich Arbeitgeber allzu oft als unfähig erwiesen eine entsprechende Erklärung über die Inanspruchnahme abzugeben, dürfte es eine gewisse Chance geben, dass jetzt die Freigabe versäumt wird. Am höchsten dürfte diese Chance bei Firmen in wenig innovativen Branchen mit meist wenig anspruchsvollen schlecht bezahlten Tätigkeiten sein...

JOCHEN

ALLGEMEINES SYNDIKAT



wäre, gibt es in Deutschland eine weltweit fast beispiellose Regelung zur Enteignung am geistigen Eigentum. Es wird von den Mächtigen befürchtet, dass ArbeiterInnen selbständig anfangen zu denken und unabhängig von Weisungen ihrer Vorgesetzten Ideen für technische Neuerungen entwickeln könnten. Womöglich lassen sie sich diese dann patentieren und kommen auch noch auf die Idee, die Produktion auf eigene Faust zu wagen. Damit genau das nicht



Luftangriff auf die Bosse

Die brutalen Kampfmethoden von ver.di & Co

Ver.di will den Mindestlohn und logischerweise folgen deswegen jetzt die gezielten Aktionen – durchdacht, durchschlagend und direkt: Eine Ausstellung auf dem Marktplatz in Offenbach mit Fotos und Texten. Doch damit nicht genug: Ein Flugzeug zieht ein Werbebanner über der Region hinter sich her! Da werden die Bosse aber ins Schwitzen kommen... Dafür setzt ver.di immerhin 4.000,- Euro ein; Die Gewerkschaftsmitglieder wollen ja schließlich etwas für ihre Beiträge bekommen. Und niemand soll sagen, die Vorstandsmitglieder verprassen die ganze Kohle.

Von Geschäftsführern und Bossen

Eine gewisse Rosi Haus hat der Tageszeitung „junge Welt“ diese interessanten Informationen in einem Interview verraten, das am 3. Juli 2009 veröffentlicht wurde. Frau Haus ist stellvertretende Geschäftsführerin von ver.di Frankfurt a.M. und Region. Da wünschen wir natürlich „gute Geschäfte“, damit immer genug Geld für solche spektakulären und durchschlagenden Aktionen in der Kasse ist. Verständlich, dass auch die „Geschäftsführung“ genügend Kohle haben muss, denn die lassen sich ja diese genial-brutalen Aktionen schließlich einfallen, mit denen die Bosse gezwungen werden zu reagieren. (Mit „Ge-

schäftsführung“ meine ich übrigens die Bosse von ver.di, mit „Bosse“ die Geschäftsführer der Ausbeuterfirmen. Alles klar?) Merkwürdig ist nur, dass ich bisher noch nichts davon gehört habe, wieviel Mindestlohn nun eigentlich bezahlt wird oder wie die Bosse auf die heftigen Attacken reagiert haben.

Von einer Krise in die nächste?

Wie unsere allseits geliebte Kanzlerin reagiert hat, war in der Presse dagegen zu vernehmen: Sie hat den DGB-Gewerkschaften gedankt. Auch ein gewisser Herr Laumann, Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft meinte, die CDU wisse, dass sie diesen Gewerkschaften viel zu verdanken habe. Frau Merkels Ziel ist übrigens, wieder da anzukommen, „wo wir vor der Krise waren“. (Quelle: junge Welt, 29.8.2009) Damit wir möglichst schnell in die nächste rutschen? Und was hat Frau Merkel davon? Da bleibt doch einiges unklar. Um dieses zu än-

dern, gibt die Linkspartei ein Blättchen namens „Klar“ heraus. In der Ausgabe von Juni 2009 wird Berthold Huber, der Vorsitzende der IG Metall befragt. Er beschreibt die Druck-

Veranstaltung in Frankfurt a.M., auf der sie dann die Parteien damit konfrontieren wollen, wie sich die Menschen ein gutes Leben vorstellen. Ok, das ist ja schon alles gegessen, Schnee von gestern sozusagen. Immerhin können wir aus heutiger Sicht sehen, was all diese Aktionen wie auch die ganze Wählererei gebracht hat. Gutes Leben?

SPD, IG Metall und ein Rentenkonzept

Na, für Herrn Huber bestimmt. Im selben Interview kritisiert er übrigens die Rente mit 67. Und genauso wenig wie die Linkspartei selbst macht er irgendwelche Angaben darüber, wie lange er denn die MalocherInnen quälen lassen will. Buckeln bis 66,5 Jahre? Oder doch lieber gleich bis 70, so wie sich das unser Freund Wowereit von der Berli-

ner SPD vorstellt? Immerhin, verlängern will er die Lebensarbeitszeit nicht; alle Achtung! Und aus der Sozialdemokratie gibt es sogar ein Konzept: „Die IG Metall hat ein eigenes rentenpolitisches Konzept vorgelegt, das auf einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung basiert. Wir sehen die Zukunft in einem soliden Umlageverfahren für alle Erwerbstätigen in Kombination mit einem Betriebsrentenmodell für alle.“ Na, da ist doch alles klar. Und noch mal die ver.di: In Berlin wurde erneut brutal zugeschlagen. Diesmal mit der Schocktherapie für Bosse: das böse S-Wort – Streik! Im September 2009 hatte die Wohlthatsche Buchhandlung in Berlin einem Viertel ihrer Beschäftigten gekündigt, um sie überwiegend durch 400-Euro-Jobber zu ersetzen. Das rief die ver.di auf den Plan: Am 16. Februar 2010 wurde immerhin eine (!) von 16 Berliner Filialen bestreikt. Noch nicht mal ein halbes Jahr war seit den Kündigungen vergangen, schon schlug die ver.di gnadenlos zu! Da werden die Bosse der „Wohlthatschen“ aber in Furcht erstarrt sein... (Quelle: junge Welt, 18.2.2010) Wer wissen möchte, wie kämpferische Basisgewerkschaften wie die FAU in solchen Fällen reagiert, kann gern bei uns nachfragen.

KARL-HEINZ

ALLGEMEINES SYNDIKAT



mittel seiner Gewerkschaft: Keine Ausstellung, kein Luftangriff, sondern die Kampagne „Gemeinsam für ein Gutes Leben“ (Originalrechtschreibung:

History is a Weapon Geschichte ist eine Waffe

“Mothers and daughters, fathers and sons
The time for changing has begun
Mothers and daughters, fathers and sons
You must shape the things to come”
(Fischer Z in “Say no”)

Geschichte ist nicht was passiert ist, sondern eine Geschichte über was passiert ist. Und es gibt verschiedene Versionen, verschiedene Erzählungen, von den selben Ereignissen. Eine Version mag sich um gewisse Fakten drehen, während eine andere diese minimiert oder komplett verschweigt. Wie andere Geschichten auch, enthält jede verschiedene Version der Geschichte unterschiedliche Lehren. Manche Geschichten erzählen uns, dass „unsere“ Führer mindestens versucht haben immer für alle das Richtige zu tun. Andere führen an, dass Herrscher nicht die wirklichen Interessen der Sklaven im Herzen tragen. Manche lehren uns, dass dies immer so war und immer so sein wird. Andere raten uns, eine vorübergehende Dominanz nicht für innere Überlegenheit zu halten. Schließlich malen manche Geschichten ein Bild, indem nur die Eliten die Macht haben die Welt zu verändern, während andere aufzeigen, dass soziale Änderungen selten von oben bestimmt werden. Unabhängig von der Gültigkeit dieser vielen Lehren, ist Geschichte nicht was passiert ist, sondern eine Geschichte über was passiert ist, und die Lehren, die in diesen Geschichten enthalten sind. Die Auswahl,

welche Geschichten in einer Gesellschaft gelehrt werden sollen, ist es, die unser Bild wie es zu der aktuellen Lage gekommen ist, und was wir für möglich halten, bestimmt. Die Auswahl welche Geschichten zu lehren sind kann nie „unparteiisch“ und „objektiv“ sein. Die die entscheiden, folgen entweder vorgegebenen Ansichten oder verborgenen Vorurteilen, und bedienen ihre eigenen Interessen. Ihre Interessen können eine Fortschreibung der aktuellen Welt, oder die Schaffung einer neuer Welt sein. Wir können nicht einfach passiv sein. Wir müssen entscheiden wessen Interessen besser sind: Die die den Status Quo erhalten wollen, oder die, die eine bessere Welt errichten wollen. Wenn wir die letztere wählen, müssen wir die Werkzeuge suchen die wir brauchen werden. Geschichte ist nur ein Werkzeug um unser Verständnis der Welt zu formen. Und jedes Werkzeug ist eine Waffe, wenn man es richtig einsetzt.

[HTTP://WWW.HISTORYISAWEPON.COM](http://www.historyisaweapon.com)



John Taylor Gatto

Die inoffizielle Geschichte des amerikanischen Schulsystems

Vielleicht ist die größte Illusion die Schule betreffend diejenige, dass diese Institution von einer Gruppe von wohlgesonnenen Männern und Frauen ins Leben gerufen wurde, um den Kindern von einfachen Familien zu helfen und sozusagen Chancengleichheit herzustellen. Die wahren Macher der modernen Schule sind überhaupt nicht diejenigen, von denen wir es denken. Nicht Cotton Mather oder Horace Mann oder John Dewey. Die wahren Macher des modernen Schulsystems waren Führer der neuen US-amerikanischen Industriellenklasse, Männer wie Andrew Carnegie, einem Stahl-Baron, John D. Rockefeller, einem Öl-Herzog, Henry Ford, dem Meister der Montage-Linie, der Stahl und Öl in eine Verkehrs-Dynastie vereint hat und J.P. Morgan, einem König der kapitalistischen Finanzen. Männer wie diese, und der brillante Effizienz-Experte Frederick W. Taylor, der die ganze "soziale Effizienz"-Bewegung des frühen 20. Jahrhunderts inspiriert hat, der der neuen Sowjetunion eine Philosophie geliefert hat, und das gleiche für das faschistische Italien und Nazi-Deutschland getan;

Männer, die größere Träume geträumt haben, als jeder seit Napoleon oder Karl dem Großen, das waren die Macher der modernen Schule.

John Taylor Gatto ist ein ehemaliger Lehrer Staatliche Schulen in New York, der dreißig Jahre lang gelehrt und dafür mehrere Auszeichnungen erhalten hat. Allerdings haben ständige Schikanen von widerspenstige Behörden, und seine eigenen Frustrationen mit dem, was er als die inhärenten systemischen Mängel unserer "öffentlichen" Schulen erkannt hat, trieben ihn zum Rücktritt; Nun ist er ein Vertreter der freien Schulwahl, der gegen die Schulpflicht und das staatlich geleitete Schulsystem redet und schreibt.

Die inoffizielle Geschichte des amerikanischen Schulsystems ist eine Untersuchung der realen – im Unterschied zur "offiziellen" – Geschichte des Schulwesens, die sich auf die USA konzentriert, aber unter Heranziehung von anderen historischen Beispielen zum Zweck des Vergleichs und der Gegenüberstellung, sowie der Rückverfolgung des Ursprungs von Ideen und Konzepten in Bezug auf Bildung. Sie werden Dinge entdecken, die Sie nie in einer offiziellen Version gelesen haben, Dinge die Sie manchmal überraschen, ekeln, oder ängstigen. Sie werden auch in eine wenig bekannte Geschichtsschreibung der dunklen Seiten der Entstehung der staatlichen Schulpflicht eingeführt werden.

In einer abschließenden Analyse, glaubt Gatto, dass die obligatorischen, staatlich geführten Schulen inhärent destruktiv für eine wahre Bildung, den Aufbau von Selbstvertrauen, und sogar für den Individualismus sind - die alle mal ein bestimmenden Element des amerikanischen Charakters waren. Der wahre

Zweck unseres öffentlichen Schulwesens hat in der Realität mehr mit Kontrolle als mit Lernen zu tun. Dies bedeutet nicht, dass Lehrer an der Basis, Schuldirektoren und sogar Schulbehördenleiter glauben, dass sie Schüler dümmer machen, angepasster, weniger selbstbewusst, weniger in der Lage wirklich analytisch, unabhängig zu denken und leichter zu kontrollieren; die meisten der ins System Eingebundenen glauben zweifellos daran, dass sie ihr Bestes geben, um ihre Schüler wirklich etwas beizubringen. Allerdings sorgt das System selbst (das Gatto oft als ein komplexes Netz charakterisiert) dafür, dass seinem eigentlichen Zweck gedient wird, trotz der Bemühungen einzelner Reformen in ihm - dass echte Demokratie gar nicht mehr funktionieren kann, während die Äußerlichkeiten der Demokratie angeblich gestärkt werden. In diesem Licht gesehen, sind diese Institutionen, die kaum des Lesens und des Schreibens fähige, abhängige, angepasste, unvollständige Individuen voller emotionaler und psychologischer Probleme produzieren, denen es an wahrem Wissen mangelt (und deren Kapazitäten für den Erwerb eben dieser bewusst geschwächt oder eliminiert wurden), und welche nur "gebildet" genug sind, um ihre Steuern zu zahlen und die neuesten Produkte zu kaufen, in der Tat nicht gescheitert. Im Gegenteil, wenn wir Gatto's Analyse glauben, verrichten sie ihre beschriebene Funktion PERFECT. Diese Funktion ist es, Menschen so zu formen, dass sie leichter durch Konzerne und Staat kontrolliert werden können (ein klares Beispiel dafür wie, im Gegenteil zu einem beliebten Mythos, die Interessen des Großkapitals und die der zentralen Regierung meist eins sind).



Wir kämpfen für unsere Sache

Ein Interview mit vier AktivistInnen der Bunten Aktion aus Burghausen

Könnt Ihr kurz erzählen, wie und wann sich Eure Gruppe zusammengefunden hat?

Ursprünglich waren wir in Burghausen alles Freunde, die sich bei Punkkonzerten oder anderen alternativen Musikveranstaltungen getroffen haben. Zunächst wurde dabei über Themen wie Anarchie oder andere politische Alternativen philosophiert. Aber wie es so ist, ging dies nicht über die Haltung „Ich mache was ich will“ und dem ewigen Gerede über eine bloße Antihaltung hinaus. Individuell wurde

eine „Woche gegen Rechts“ durch, bei der wir vertreten waren. Das erleichtert es, uns nach außen hin zu präsentieren. Wir haben da natürlich Grenzen. Die Zusammenarbeit mit der Stadt kann auch sehr schnell unsererseits wieder beendet werden. Dann müssen wir zwar aus finanziellen Gründen auf einiges verzichten, beispielsweise das günstige Chartern von Bussen, aber wir würden notfalls mit unserem Infoladen auch in irgendein Kellerloch ziehen.

sen Anlässen alle Altersstufen – von 12 bis 80 Jahre – abdecken. Unsere erste größere Aktion war die antifaschistische Mobilisierung letztes Jahr im April nach Braunau zum Hitler-Geburtstag. Dabei haben wir mit der KJÖ (Kommunistische Jugend Österreichs) kooperiert und sind als Bunte Aktion offiziell aufgetreten. Bei der Demo gegen die Nazis haben wir einen Lautsprecherwagen gemacht und sind mit einem ganzen Bus voller Leute aus Burghausen hingefahren. Als nächstes haben wir den US-Deserteur André Shepherd nach Burghausen geholt und mit ihm eine Veranstaltung im städtischen Bürgerhaus gemacht. Der Saal war übrigens voll, wohl über 100 Leute. Unsere erste eigene Demo haben wir in Buchhofen (Niederbayern) gegen den bayerischen Aschermittwoch der NPD durchgeführt. Eine weitere Aktion richtete sich gegen einen Thor Steinar-Laden in der Region.

Wir haben einen SPD-Bürgermeister in Burghausen, der früher sehr aktiv gewesen ist und uns Sympathie entgegenbringt. Zumindest noch. Beispielsweise zahlen wir keine Miete für den Infoladen und auch der Strom kostet uns nichts. Auch die Busse zu Demonstrationen wurden bisher vom Jugendbüro der Stadt gesponsert. Aber in Zeiten der Wirtschaftskrise wurde uns schon signalisiert, dass es keine Zuschüsse zu Busse mehr geben wird. Nur die Nazis haben uns auf Lokalisten schon gedroht und auch Spießbürger beschimpfen uns als linke Zecken, Chaoten oder Gewalttäter. Da fällt uns noch ein, dass der DGB uns nicht erlauben will, dass wir Material von der FAU auslegen.

ben wir auch viel praktische Arbeit zu leisten, da der Infoladen noch immer furchtbar ausschaut und gerade umgebaut wird. Wir glauben aber, dass dies noch kommen wird. Bisher werden kontroverse inhaltliche Diskussionen eher privat, oder wenn wir uns in einer Kneipe treffen geführt.

Kämpft Ihr wie die Leute in Waldkraiburg eigentlich auch für ein selbst verwaltetes Jugendzentrum?

Wir haben nicht das Ziel, ein Autonomes Zentrum zu erkämpfen. Wir finden es total wichtig, Aufklärungsarbeit zu machen. Antisemitismus, Faschismus, Rassismus, Sexismus und Homophobie sind doch so wichtige Themen, die sind doch so verbreitet, teilweise auch bei AntifaschistInnen. Wir haben eigentlich genug mit unserem Infoladen zu tun.

Spielte bei Euch die Diskussion über antideutsche Positionen wie in so vielen Antifa-Zusammenhängen eine Rolle?

Unsere Position ist antinationalistisch, deswegen würden wir niemals mit einer Israel-Flagge herumlaufen. Die antideutsche Problematik ist in unseren Diskussionen schon aufgetaucht. Viele Antifas blenden den Aspekt des Imperialismus aus und sind total für Israel und die USA. Wir sagen, dass die ganzen Mauern die Israel baut, um jüdische und palästinensische Viertel zu trennen, die Grenzschließungen und die Siedlungspolitik, die finden wir nicht richtig.

Mit welchen Gruppen in der Region habt Ihr Kontakt?

Mit den Antifa-Gruppen in Straubing, Landau, Passau und Traunstein. Auch zu Antifas in Österreich und der KJÖ. Wir kooperieren auch mit dem Altöttinger Mieterkonvent (AMK), einem Mietersyndikat, die sich ein riesiges Haus gemeinsam



Einige AktivistInnen vor ihrem Infoladen in Burghausen

schon auf Demos oder den G8-Gipfel gefahren, aber allein und vereinzelt. Allmählich entstand dann der Gedanke, dass wir das organisiert machen könnten und wir uns zusammenschließen sollten.

Wann war das?

Vor zwei Jahren haben wir begonnen, uns in einem städtischen Freizeitheim regelmäßig zu treffen. Seit einem Jahr ist die Bunte Aktion ein eingetragener Verein (e.V.).

Was waren die Gründe für Euch, sich als e.V. zu konstituieren?

Zunächst: Der offizielle Vereinszweck ist, dass wir uns für die Völkerverständigung einsetzen. Die Idee dahinter ist, dass wir so Gelder und andere Hilfen der Stadt Burghausen erhalten. Wir sind basisdemokratisch organi-

Warum nennt Ihr Euch Bunte Aktion?

Der Name Bunte Aktion lag für uns nahe, da wir nicht nur ein Thema, etwa Antifaschismus, ansprechen wollten. Es ist eine Anspielung auf eine bunte Welt, denn wir wünschen uns eine multikulturelle Welt, wo Menschen mit unterschiedlicher Hautfarbe, Religion, sexuellen Vorlieben, Geschlechtern usw. friedlich und frei zusammen leben. Die Bezeichnung „Bunte Aktion“ erleichtert uns natürlich bei den Bürgerlichen in Burghausen die Arbeit.

Wie setzt sich Eure Gruppe zusammen? Alles SchülerInnen? Auszubildende?

Wir haben keine Studierenden und RentnerInnen in der Bunten Aktion. Sonst alles, also SchülerInnen, Auszubildende, Arbeitslose und MalocherInnen. Das

Ist die antifaschistische Arbeit Euer Schwerpunkt?

Gegen Nazis kann man einfacher Menschen mobilisieren als gegen den Kapitalismus. Aber mit André Shepherd haben wir Antimilitarismus gemacht und uns auch gegen die Asylpolitik in Deutschland gewandt. In unserem Infoladen ist das gesamte linke Spektrum vertreten.

Ist Arbeit und Gewerkschaft bei Euch ein Thema?

Ja dies ist ein Thema, neben Militarismus, Genforschung, Anti-Atom-Bewegung, Antifaschismus, Kapitalismuskritik, Antisexismus und Homophobie. Wir beschäftigen uns aber auch mit den Alternativen dazu, also sozialistischen, kommunistischen und anarchistischen Texten. In der Mehrzahl sind wir AnarchistInnen, aber es sind beispielsweise auch ein Anhänger der Linkspartei bzw. Grünen dabei, also querbeet.

Erzählt mal was zu Eurem Infoladen.

Er ist in einer kleinen Holzhütte, in der vorher ein Café war, mit zwei Schiebetüren und einer Glasfront. Darin gibt es einen Raum mit einer kleinen Küche. Der Infoladen liegt mitten in Burghausen, es liegt viel Infomaterial aus und wir wollen jetzt noch eine Bibliothek darin einrichten. Da wir dort Broschüren, Flyer und Plakate ausliegen haben, erleichtert er uns die Mobilisierung für Demonstrationen, Veranstaltungen, Antifa-Camps und Konzerte. Wir führen aber auch Infostände durch, z.B. sind wir im städtischen Freizeitheim regelmäßig mit einem Infostand vertreten, aber auch in dem legendären Club „Stiege“ in Trostberg haben wir schon einen gemacht. Wir gehen mit unserem Material jedoch auch zu städtische Veranstaltungen beispielsweise im Bürgerhaus. Gab es seitens der Stadt oder den Behörden schon Repressionen oder irgendeinen Druck gegen Euch?

"Wir würden notfalls mit unserem Infoladen auch in irgendein Kellerloch ziehen"

siert, alle haben das gleich Stimm- und Mitspracherecht. Wir halten alle zwei Wochen eine Sitzung ab, bei der es mitunter etwas chaotisch zugeht. Aber wir müssen das basisdemokratische Redeverhalten halt erst lernen. Wir haben jetzt von der Stadt einen kleinen Holzcontainer mietfrei zur Verfügung gestellt bekommen, in dem wir einen Infoladen eingerichtet haben. Das aber mit dem eingetragenen Verein soviel Arbeit auf uns zukommt, also die Satzung, die Jahreshauptversammlung mit Protokoll usw. war uns am Anfang nicht klar. Wir wollten aber anerkannt und nicht gleich abgestempelt werden.

Euch war also wichtig, von der Stadt anerkannt zu werden?

Wo es möglich ist, nutzen wir die Stadt als Plattform für unsere Inhalte. Z.B. führte die Stadt

Alter geht von 14 bis 32 Jahre. Wir finden es auch nicht gut, wenn wir von der bürgerlichen Öffentlichkeit als eine Jugendgruppe dargestellt werden, was wir ja auch nicht sind. Wir kooperieren beispielsweise mit dem Bündnis „Pro Arbeit“ in Burghausen, das die Forderung für Arbeitslose aufstellt: „Wir wollen keine Leistungen sondern Arbeit!“. In diesem Bündnis ist auch der DGB vertreten.

Ihr diskutiert doch sicherlich welche Art von politischer Arbeit Ihr machen und welche konkreten Projekte Ihr anpacken wollt?

Diese Diskussionen laufen auf unseren Plena ab. Etwa 10 bis 15 Leute kommen ständig auf unsere Treffen und fast nochmal so viele sind sporadisch aktiv. Wir schaffen es aber auch, zu Demos ganze Busse vollzubekommen, wobei die Leute zu die-

Wie ist Eure Binnenstruktur? Gibt es eine strukturierte Diskussion?

Die Diskussion läuft spontan auf dem Plenum, wir haben keine festen Arbeitsgruppen. Dabei geht es mehr um organisatorischen Kram wie das Schreiben von Flyern, das Organisieren von Demos, Bussen oder Lautsprecherwagen. Bei Entscheidungen versuchen wir einen



Konsens herzustellen und wenn der nicht hergestellt werden kann, gibt es Mehrheitsentscheidungen. Ganz ehrlich gesagt, sind wir noch in einem Lernprozess. In unserer Gesellschaft lernst du ja sowas nicht. Wir kämpfen für unsere Sache, müssen aber noch lernen. Früher haben wir über Anarchie nur geredet und heute wissen wir, was es praktisch bedeutet, Basisdemokratie umzusetzen. Eine strukturierte Diskussion - z.B. über das Thema Sexismus - gibt es nicht, sowas taucht immer wieder zwischendurch auf, dies ist wie eine Baustelle. Noch ha-

gekauft haben, in dem sie Bandproberäume einrichten und einen großen Gemeinschaftsraum betreiben.

Was plant Ihr in der unmittelbaren Zukunft?

Die Durchführung von Soli-Konzerten zum Beispiel, oder eigene Flyer und Broschüren zu erstellen und Vorträge zu halten. Und weiterhin Busse zu Demonstrationen zu organisieren und endlich den Infoladen fertig zu kriegen.

Danke Euch für das Interview.



Kampf dem kapitalistischen Bildungssystem!

Die Bildungsproteste 2009/10 in München Kritisches Statement eines aktiv Beteiligten



Die besetzte Kunsakademie

Die Universitäten gehören uns!

Im Herbst 2009 kam es, ausgehend von bildungspolitischen Kämpfen in Österreich, auch in Deutschland zu einer radikaleren Form von Bildungsprotesten. Dabei wurden Hörsäle zahlreicher Universitäten unter der solidarischen Mitwirkung vieler SchülerInnen, Auszubildenden und Arbeitenden von Studierenden besetzt. Auch in München kam es am 5. November zuerst zur Besetzung der Akademie der Bildenden Künste und am 11. November schließlich zur Besetzung des Audimaxes der Ludwig-Maximilians-Universität. Die zentralen Forderungen der AktivistInnen richteten sich auf einen allgemeinen und freien Zugang zum Bildungssystem, eine konsequente Demokratisierung der Bildungseinrichtungen auf allen Ebenen, die Schaffung von Chancengleichheit, die vollkommene Zurückdrängung betriebswirtschaftlichen Einflusses auf Lehre und Forschung sowie die Errichtung eines neuen Bildungswesens, dass sich an den Bedürfnissen und Interessen der Menschen ausrichtet und ihnen eine freie und selbstbestimmte Bildung ermöglicht.

Politische Diskussionen im Audimax

Waren die Protest- und Widerstandsaktionen in München zu Beginn noch deutlich von Personen aus verschiedenen linken Gruppen getragen, weiteten sie sich im Laufe weniger Tage rasch aus, wodurch sich die AktivistInnen nun zu einer heterogenen Gruppe mit divergierenden Zielen und Einstellungen wandelten. Kontroverse Diskussionen und Konflikte innerhalb dieser gewachsenen Protestmasse waren unvermeidlich und entluden sich anfangs vor allem an der Frage nach der gesamtgesellschaftlichen Ausrichtung der Forderungen bzw. der Darstellung nach außen. In weiteren Streitpunkten ging es um die Zulassung von regulären Vorlesungen im besetzten Audimax - was de facto die Aufgabe der Besetzung bedeutet und somit zum Verlust des wichtigsten Druckmittels geführt hätte - und um die Annahme eines fadenscheinigen Angebotes des LMU-Präsi-

denten Hubers, in dem er unter anderem vorschlug als Gegenleistung zur Beendigung der Besetzung sich bei der Staatsregierung für die Einrichtung einer „Verfassten Studie-



Plenum im Audimax

rendenschaft“ an der LMU einzusetzen. In keiner dieser Auseinandersetzungen konnte ein für alle tragbarer Konsens gefunden werden - viele wendeten sich verärgert und enttäuscht von der Besetzung ab. Letzten Endes kam es am 28. Dezember 2009, nach einem dreitägigen Aushungerungsversuch seitens der Universitätsleitung (die Türen wurden verriegelt und der Eintritt in das Gebäude sowie die Lieferung von Lebensmitteln war nicht mehr möglich), zur polizeilichen Räumung.

Das Bildungssystem ist nicht neutral

Genug der um Objektivität bemühten Darstellung. Georg Büchner forderte einst in der revolutionären Flugschrift „Der Hessische Landbote“: „Friede den Hütten! Krieg den Palästen!“

Hier dagegen musste während der Uni-Besetzung zuweilen der Eindruck entstehen, dass manche glaubten, die Hütten seien ein Synonym für Staatsregierung und Hochschulleitung, und die Paläste bewohnt von Antifa-

schistInnen und anderen Engagierten im Kampf für eine freie Gesellschaft. Der Streit um die Frage der gesamtgesellschaftlichen Ausrichtung der Bildungsproteste entbehrt bei genauerer Betrachtung jeglicher Grundlage. Das hiesige Bildungssystem ist ein Teil des kapitalistischen

wegungen wagen.

Für eine internationale Organisation

Es gilt des Weiteren, sich nicht von künstlich geschaffenen Staatsgrenzen aufhalten zu lassen,

(<http://www.emancipating-education-for-all.org>) wurde bereits eine Basis für die weltweite Zusammenarbeit und Organisation der Proteste geschaffen.

Wie geht es weiter?

Von der globalen Perspektive zurück zu lokalen Aktionsmög-

**"An die Youngsters: hört auf die alten Stimmen.
An die Alten: seht was die Jungen beginnen."**

(RAINER VON VIELEN)

Wirtschafts- und Staatssystem und seine Form ist somit durch die Verhältnisse in der wir leben bedingt. Dass die zunehmende Ökonomisierung aller Lebensbereiche auch den Bildungsbereich erfasst also nur die logische Konsequenz. Ziel der Bildung in einem von marktwirt-

sondern Missstände international gemeinsam anzugreifen. Erste Schritte in diese Richtung wurden mit den Aktionstagen gegen den Bologna-Gipfel in Wien vom 11.-14. März 2010 getätigt, an denen Studierende, SchülerInnen, ArbeiterInnen und andere Interessierte aus ganz

lichkeiten. In der Woche vom 7.-11. Juni 2010 findet in München das „Bildungscamp 2010“ (www.bildungscampmuc.de) statt. Organisiert von einem Zusammenschluss aus UNIBrent München, Studierendenvertretungen der Münchner Hochschulen und dem Münchner Bildungstreikbündnis, ist es geplant den Geschwister-Scholl- und den Professor-Huber-Platz für eine Woche zum Freiraum für alternative Bildung und ein anderes Zusammenleben zu machen. Das einwöchige Camp soll zu einer durchgehenden Protestveranstaltung werden, wobei sich die (bildungs-)politischen bzw. kulturellen Workshops in ein musikalisches und künstlerisches Rahmenprogramm einbetten und dabei jedem die Möglichkeit zur Teilnahme und eigenen Gestaltung offen steht. Den zentralen Dreh- und Angelpunkt der Protestwoche wird eine Großdemonstration am 9. Juni 2010 bilden.

Die Bildungsproteste gehen also weiter und es ist zu hoffen, dass der Blick der Aktiven von vermeintlichen Zugeständnissen seitens der Politik und Hochschulen nicht getrübt wird. Denn zu fordern ist nicht die bessere Studierbarkeit von Bachelorstudiengängen, nein - wir fordern die radikale Befreiung aller Lebensbereiche und dies weltweit!

MAX

Europa teilnahmen. Weitere Fortschritte im Bereich der europäischen Vernetzung könnten von dem „European Education Congress“ ausgehen, der vom 25.-30. Mai 2010 in Bochum stattfinden wird. Mit der Plattform „International Student Movement“

schaftlichen Zwängen geprägten System, ist nicht die freie Entfaltung der Persönlichkeit oder gar der offene und freie Zugang zu Wissen und Information für alle, sondern die Elitenbildung und gezielte Ausgrenzung bisher bildungsferner und sozial benachteiligter Schichten. Der gewollte Effekt ist die Schaffung von willigem und günstigem „Humankapital“. Illusorisch ist nicht die Forderung das Bildungssystem im Zuge einer Neustrukturierung der Gesellschaft als letztlich unsozial zu bezeichnen, da man damit doch für eine bereits privilegierte Gruppe der Gesellschaft eine Klientel-Politik betreiben würde.

Wer also umfassend und nicht nur aus partikularen Interessen hinter der Position einer Uni-Besetzung steht, darf nicht beim Bildungssystem stehen bleiben, sondern muss den Schulterchluss mit anderen sozialen Be-



Geschwister-Scholl-Platz während der Besetzung



Wir wollen alles!

Die operaistische „Gruppe Arbeitersache“ in München 1969 bis 1973

Was wir brauchen müssen wir uns nehmen

Die Gruppe Arbeitersache München (GAS) bildete sich Ende 1969 und bestand zunächst aus einem kleinen Kern von deutschen und griechischen ArbeiterInnen und Studierenden. Den Aktiven aus der studentischen Linken - die in der Sozialrevolte von 1967/68 entstanden war - wurde zu dieser Zeit klar, dass eine isolierte Studierendenbewegung die Gesellschaft nicht grundsätzlich verändern würde. In der GAS fanden sich schließlich diese studentischen Aktiven mit Lehrlingen und jungen ArbeiterInnen zusammen und konzentrierten sich fortan auf die politische Arbeit außerhalb der Universität. Es entstanden die Mieterselbsthilfe, die Arbeiterbasisgruppen - unter anderem im Hasenberg, einem proletarisch geprägten Viertel im Münchner Norden - sowie Gruppen zur Betriebsagitation beispielsweise bei BMW. Eine weitere Rolle bei dem Zustandekommen der Gruppe Arbeitersache spielten erste Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit proletarischen Menschen aus den sogenannten Randgruppen, hier vor allem mit „Zöglingen“ aus Erziehungsheimen. Für die AktivistInnen der Arbeitersache erwiesen sich zudem die Verbindungen zu griechischen GenossInnen als äußerst wichtig, da dadurch die BMW-Intervention von Anfang an eine multikulturelle Initiative war. Die erste BMW-Betriebszeitung mit dem Titel „Arbeitersache“ erschien übrigens im Frühjahr 1970 und zwar auf deutsch, griechisch, türkisch und jugoslawisch. Organisatorisch entschloss sich die GAS zunächst, in die „Arbeiterbasisgruppen“ einzutreten, einer für die damalige Zeit typischen und aus der 68er-Bewegung entstandenen sogenannten Zirkelorganisation.

Erste politische Positionen wurden im Herbst 1969 formuliert: Im Gegensatz zur Vietnamsolidarität, stellt das Emigrationsproblem einen viel besseren weil konkreteren praktischen Ansatzpunkt für den internationalen Klassenkampf dar; Untersuchung und Einordnung der Stra-

der BRD (Arbeitersache/München; Revolutionärer Kampf/Frankfurt; Proletarische Front/Hamburg; Arbeiterpolitik/Bremen; Arbeiterkampf/Köln) waren die ersten, die mit den migrantischen ArbeiterInnen den Klassenkampf gemeinsam führen wollten. Dabei wurden zwei Kampfgebiete als zentrale Bereiche des antikapitalistischen Kampfes bezeichnet: Die Betriebe sowie der Reproduktions- und Freizeitbereich. Bei letzterem sollte es um die Entfaltung der proletarischen bzw. migrantischen Gegenwehr in den Wohngebieten, also in den sogenannten Ausländervierteln gehen. Denn neben den Kämpfen in den Betrieben und Fabriken, waren für die ausländischen Arbeitskräfte auch ihre Wohnverhältnisse und die Ausbildungssituation ihrer Kinder ein wichtiges Problem. Ein weiteres Merkmal des Operaismus war dessen Orientierung auf die untersten Schichten des Proletariats, beispielsweise unqualifizierte und ungelernete ArbeiterInnen.

Lotta Continua

Ab Winter 1970/71 nahmen GenossInnen der linksradikalen Gruppe „Lotta Continua“ (LC) aus Italien Kontakte zur Arbeitersache in München auf. Dies führte unter anderem zur wachsenden Bedeutung des Begriffs „Autonomie“ sowie des Konzepts des „Angriffs auf die kapitalistische Organisation der Produktion“. Einhergehend mit dem Diskussionsprozess zwischen LC und GAS entwickelte sich die Betriebsgruppe bei BMW tatsächlich zu einer multinational zusammengesetzten, etwa durch deutsche, griechische, italienische, türkische und jugoslawische ArbeiterInnen. Die Flugblätter dieser Betriebsgruppe wurden vorher auf Versammlungen diskutiert, wobei es sowohl zu nach Herkunftsländern getrennten Treffen kam als auch zu gemischten Plena. Bei BMW erschien zusätzlich noch eine Betriebszeitung, die anfangs vor allem die Untersuchungstätigkeit der Gruppe über die Bedingungen in der Fabrik dokumentierte, und später auch der Aufarbeitung von Aktionen diente. Im Frühjahr 1971 bildete sich eine weitere

in barackenähnlichen Wohnheimen kaserniert waren und somit auch ihre Reproduktionssphäre unmittelbar dem kapitalistischen Kommando unterworfen war. 30 Prozent der MAN-ArbeiterInnen waren in solchen Wohnheimen untergebracht. Im April 1971 begannen die ersten Versammlungen unter freiem Himmel in der Nähe der Wohnbaracken Gerberau, an denen auch ArbeiterInnen des Wohnheimlagers Ludwigsfeld teilnahmen. Es versammelten sich bis zu 300 ArbeiterInnen, die meisten mit migrantischen Hintergrund, um über Aktionsmöglichkeiten zu beraten. Bei den offenen Treffen tauchten jedoch auch Werkschutzleute als Beobachter auf. Aus den Versammlungen gingen schließlich Arbeiterkomitees hervor.

Arbeiterautonomie

Mittlerweile hatte die Gruppe Arbeitersache München die politische Theorie und Praxis der italienischen OperaistInnen - zusammengefasst in dem Begriff „Arbeiterautonomie“ - übernommen. Diese neo-marxistische Bewegung war in den proletarischen Kämpfen in Italien und Frankreich durch die Loslösung von den großen revisionistischen KPs bzw. Gewerkschaften entstanden. Autonomie bedeutet in diesem Zusammenhang die Fähigkeit der Arbeitenden ihre Interessen in den Vordergrund zu stellen und nicht diejenigen der Produktion, UnternehmerInnen oder des Standortes. Die ProletarierInnen sollten handelnde Subjekte werden und aus ihrer Rolle als Objekte, als Ware Arbeitskraft heraustreten. Sie sollen die gewerkschaftlichen Kämpfe in ihrer Ventilfunktion überwinden und sich selbst radikal gegen die Lohnarbeit stellen. Es geht den OperaistInnen um die Zerstörung der kapitalistischen Arbeitsorganisation mit ihrer extremen Arbeitsteilung und ihrer Profitorientierung. Ein weiteres Merkmal des Operaismus ist die betriebliche Untersuchungsarbeit, die später in Deutschland als „militante Untersuchung“ bezeichnet wurde. Die GAS führte deswegen statistische Erhebungen aus den einzelnen Abteilungen durch und sorgte für Einschätzungen über das Be-

men zu dieser Zeit einen migrantischen Hintergrund aufwiesen. Die AktivistInnen der GAS handelten nicht nur innerhalb der Fabriken, sondern ebenso von außen. Externe ArbeiterInnen und Studierende gingen bei BMW und MAN ständig vor die Fabrikpforten und in die Wohnhei-

mit vielen migrantischen ProletarierInnen zusammen. 1972 wurde dabei in einem Saal ein multinationales Fest mit ca. 600 Beteiligten durchgeführt. Auf dem Fest trat neben einer türkischen Tanzgruppe, einem sizilianischen kabarettistischen Liedermacher, einem griechi-



me, um dort zu agitieren und um Kontakte und Bekanntschaften zu knüpfen sowie gemeinsam mit den internen ArbeiterInnen zu essen, zu feiern und Veranstaltungen abzuhalten.

Fabrik und Stadtteil

Im Laufe des Jahres 1971 führte die GAS eine Akkordkampagne bei BMW und eine Wohnheimaktion bei MAN durch. Die Kampagne bei BMW stand unter dem Motto: „Kampf gegen den Akkord heißt gegen den Kapitalismus und für die Gesundheit kämpfen“. Dazu wurde eine Zeitung erstellt und verteilt sowie mehrere Versammlungen in einer Gaststätte in der Nähe von BMW organisiert. Ein von Lotta Continua getragener und von der GAS unterstützter Streik bei BMW Ende Mai/Anfang Juni 1972 endete in einer Niederlage. Italienische VertragsarbeiterInnen kämpften dabei um einen besseren und vertragsgemäßen Arbeitsplatz, mussten jedoch nach Abbruch des Streiks Entlassungen hinnehmen. Zu dieser Zeit rückte das zweite Kampfgebiet - der Reproduktionsbereich - stärker in den Fokus. Dies äußerte sich beispielsweise durch eine Hausbesetzung in der Trogerstraße im Sommer 1972, aber auch durch allgemeine Überlegungen zur Wohnsituation. Die Studierenden der GAS lebten bisher in Wohngemeinschaften meist in Schwabing, bevor sie sich im Herbst 1972 dazu entschlossen, mit ihren WGs in die Arbeiterviertel im Münchner Norden, vor allem nach Milbertshofen (BMW), zu ziehen. Dort organisierten sie schließlich proletarisch-multinationale Feste in Arbeiterkneipen, auf denen gemeinsam gegessen, gesungen, getanzt und diskutiert wurde. Gleichzeitig verließ die GAS auch ihre alte Bleibe in der Stadtmitte und zog in ein neues Zentrum in Milbertshofen, etwa 500 Meter von BMW entfernt. Dort fanden Feste statt, und es wurden Versammlungen und Gruppentreffen abgehalten.

Der internationale 1. Mai

Den internationalen Kampftag der Arbeiterklasse feierte die Gruppe Arbeitersache München ihrem Politikverständnis gemäß

schischen Theodorakis-Interpreten auch noch ganz spontan eine tunesische Arbeiterin auf, die die Bühne außerplanmäßig erntete und für alle tanzte. Ein Jahr später organisierte die GAS am 1. Mai im Stadtteil Milbertshofen ein ArbeiterInnen- und Kinderfest und führte eine eigenständige Demonstration durch. Als Motto wählte sie: „1. Mai - Tag gegen die Arbeit - Wir wollen leben!“

Die Waffen der Kritik

Die praktische Politik der GAS in den Fabriken stieß nicht bei allen Linksradikalen die bei BMW arbeiteten auf ungeteilte Zustimmung. In der Zeitschrift „Probleme des Klassenkampf“ Nr.7 vom Mai 1973, legte eine marxistische Betriebsgruppe bei BMW ein Kritikpapier zur Gruppe Arbeitersache München vor. Ausgehend von dem verlorenen Kampf der italienischen VertragsarbeiterInnen im Frühjahr 1972 bei BMW, entwickelte sie folgende Kritik an der GAS: Der Hass allein auf das Fließband führt noch nicht automatisch zu kollektiven Aktionen gegen das Band. Das Agieren vor den Fabrikpforten ist oft recht abgehoben und das Hineinplärren von Aktionsaufrufen in den Betrieb ist meist zum Scheitern verurteilt. Die autonomen Organe der Arbeitermacht (Gruppen, Versammlungen, Komitees, etc.) überdauern nur selten den spontanen Konflikt und fallen somit als betriebliche Kerne, die weiterhin agieren können, aus. Der Begriff „Autonomie“ mündet in Beliebigkeit und soll mitunter die eigene Strategielosigkeit verschleiern. Die verschiedensten Konflikte werden von der GAS zu einem exemplarischen Kampf konstruiert und daraus ein verallgemeinbarer Handlungsablauf abgeleitet, was aber in den seltensten Fällen gelingt.

ROMAN

ALLGEMEINES SYNDIKAT MÜNCHEN

Quelle:
Gruppe Arbeitersache: Was wir brauchen müssen wir uns nehmen. Multinationale Betriebs- und Regionsarbeit der Gruppe Arbeitersache München, Schriften zum Klassenkampf, Nr. 33, Trikont, München 1973, 179 Seiten



tegie des BMW-Kapitals bzw. der Unternehmensleitung sowie die Vermittlung der unterschiedlichen kapitalistischen Entwicklungen in den jeweiligen Herkunftsländern der migrantischen ArbeiterInnen.

Den Himmel stürmen

Die operaistischen Gruppen in

Betriebsgruppe und zwar bei MAN, wo viele italienische ArbeiterInnen beschäftigt waren. Zuerst thematisierte sie das dringendste Problem bei MAN, nämlich die Gesundheitsgefährdung. Darauf folgte die sogenannte Wohnheimkampagne, da die ausländischen ArbeiterInnen

wusstsein der ArbeiterInnen, um so Konfliktmöglichkeiten ausloten zu können. Bei BMW arbeiteten damals etwa 18 000 Beschäftigte, davon 12 000 ArbeiterInnen. Der Hetze und Enge am Band waren vor allem die MigrantInnen unterworfen, da 90 Prozent der BandarbeiterInnen



Union Song

Das "Gewerkschaftslied" von Tom Morello

Union Song

For the fired auto workers
Who were twisted, tricked and robbed
To the peasant in Guatemala
In a sweatshop got your job
And she can't feed her family
On the pennies that she makes
Meanwhile the crime rate's rising
Up and down the Great Lake states

Like vegetables left in the field
The signatures smell rotten
On the contracts and the deeds
That push the race down to the bottom
As they load the rubber bullets
As they fire another round
I'm heading into the tear gas
Dig in man, hold your ground

For Joe Hill and Caesar Chavez
Who fought in their own time
For our brothers and our sisters
Up and down that picket line
For the unnamed and unnumbered
Who struggle brave and long
For the union men and women
Standing up and standing strong

Si nos quedemos
Juntos vamos a ganar? Si!
Hit em where it hurts
And bite the hand that feeds
You might get one to three
Or probation and a fine
But I know where I'm gonna be
I'm gonna be right on that front line

For Joe Hill and Caesar Chavez....

Now dirty scabs will cross the line
While others stand aside and look
But ain't nobody never got nothin'
That didn't raise their voice and push
Like the steel worker in Ohio
The miner in West Virginia
The teacher in Chicago
Janitor in Mississippi
From the sweatshop of L.A.
To the fields of Mission Flats
There's a thunder cloud exploding
And I'm free at last

Like Joe Hill and ...

Gewerkschaftslied

Für die entlassenen AutomobilarbeiterInnen
Die verbogen, getäuscht und beraubt wurden
Für die Bäuerin in Guatemala
Die in einer Ausbeuterklitsche einen Job bekommen hat
Und mit dem Wenigen, dass sie verdient
Ihre Familie nicht ernähren kann
In der Zwischenzeit steigt die Kriminalitätsrate
Überall in den Bundesstaaten an den Großen Seen

Wie liegengelassenes Gemüse auf dem Feld
Riechen die Unterschriften auf den
Verträgen und Urkunden verdorben
Das alles treibt den Wettstreit an seine Ursache
Als sie die Gummigeschosse laden
Als sie eine weitere Salve abfeuern
Steuere ich auf das Tränengas zu
Bleib standhaft, halt die Stellung

Für Joe Hill und Caesar Chavez
Die zu ihrer Zeit gekämpft haben
Für unsere Brüder und Schwestern
Von einem zum anderen Ende der Streikpostenkette
Für die Namenlosen und Ungezählten
Die mutig und anhaltend kämpfen
Für die Männer und Frauen der Gewerkschaft
Die aufstehen und standhaft bleiben

Können wir übriggebliebenen uns vereinen
Um loszuziehen und zu siegen? Ja!
Schlagt sie wo es schmerzt
Und beiße die Hand die dich füttert
Du könntest bis zu drei Jahren
Oder Bewährung und eine Geldstrafe bekommen
Aber ich weiß wo ich sein werde
Ich werde genau an dieser Frontlinie sein

Für Joe Hill und Caesar Chavez....

Jetzt werden niederträchtige StreikbrecherInnen die Kette durchbrechen
Während andere daneben stehen und glotzen
Aber erhält nicht niemand jemals irgendwas
Der nicht seine Stimme erhebt und etwas antreibt
Wie StahlarbeiterInnen in Ohio
BergarbeiterInnen in West Virginia
Die Lehrkräfte in Chicago
Reinigungskräfte in Mississippi
Von den Ausbeuterklitschen in Los Angeles
Bis zu den Feldern von Mission Flat
Explodiert eine Gewitterwolke
Und ich bin schließlich frei

Wie Joe Hill und...

Erläuterungen zum Lied:

Das Lied „Union Song“ von Tom Morello befindet sich auf dem 2007 veröffentlichten Album „One Man Revolution“, der ersten Platte seines Soloprojektes „The Nightwatchman“. Der Gitarrist Tom Morello, Mitglied der militant-syndikalistischen US-Basisgewerkschaft „Industrial Workers of the World“ (IWW), ist ein Musiker mit einem äußerst interessanten musikalisch-politischen Werdegang.

The Battle of Los Angeles

So war er Gründungsmitglied der 1991 in Los Angeles gebildeten Band „Rage Against the Machine“ (RATM), einer der weltweit einflussreichsten RAP-Metal-Bands der 1990er Jahre. Musikalisch verarbeiteten RATM Elemente aus den Bereichen Hip Hop, Metal, Punk und Funk zu einem energetischen Crossover-Mix. Vor allem



Morello – dessen Onkel ein aktives Mitglied der Black Panther Party war – und der Sänger Zack de la Rocha gaben der Band ein systemkritisches Image. Die Texte handelten von politischen, sozialen aber auch persönlichen Problemen. RATM pflegte eine explizit rebellische Attitüde, indem sie beispielsweise Guerillagruppen in Lateinamerika unterstützten oder in Deutschland – zu einer Zeit als sie bereits riesige Hallen füllte – eine zusätzliche Tournee ausschließlich in besetzten und autonomen Zentren spielte. Die Band löste sich Ende 2000 auf.

The Road I Must Travel

Im November 2003 ging Tom Morello mit Billy Bragg und Lester Chambers in den USA auf die sogenannte „Tell Us the Truth-Tour“, die zum Beginn seines Soloprojektes „The Nightwatchman“ werden sollte. Dabei begleiteten die drei Musiker jeweils ihre politischen Texte nur mit akustischer Gitarre und sahen sich dabei in der Folktradition eines Woody Guthrie. Das vier Jahre später veröffentlichte erste Album „One Man Revolution“ vereint ausgesprochen politische und rebellische Texte mit einem minimalistischen Anti-Folk. Morello betont, dass der „Nightwatchman“ ein Künstler des Volkes sei, der sich für die Belange der unterdrückten einfachen Leute einsetzt. Im Jahr 2008 folgte das zweite Album „The Fabled City“.

Don't mourn – organize!

Im Text des Liedes „Union Song“ erwähnt Tom Morello zwei Namen, die einer näheren Erklärung bedürfen: Joe Hill und Caesar Chavez.

Joe Hill, ein schwedischer Seemann der 1902 in die USA einwanderte, war ein in der nordamerikanischen Arbeiterbewegung weithin berühmter Wanderarbeiter, Gewerkschaftsaktivist und Songwriter. Als aktives Mitglied der IWW organisierte er Streiks unter anderem bei der Eisenbahn bzw. in der Bauindustrie oder warb Hafentarbeiter und Bergleute für die Organisation an. Joe Hill hatte ein ausgeprägtes Rednertalent und die begnadete Fähigkeit, rebellische Worte in Melodien zu kleiden. Am 19. November 1915 in Salt Lake City hingerichtet, wurde er zu einer proletarischen Legende und seinerseits zum Gegenstand zahlreicher Songs.

Die radikale Linke in Nordamerika – sofern sie nicht parteikommunistisch orientiert ist – hat mit den Wobblies (Eigenbezeichnung der IWW-Mitglieder) einen äußerst wichtigen und eindrucksvollen Bezugspunkt in der US-amerikanischen und kanadischen Geschichte. Innerhalb der IWW existierten immer anarchistische, syndikalistische und marxistische Positionen nebeneinander. Auch heute noch kämpft und wächst diese militante Klassenkampforganisation in den USA, wobei die IWW die erste US-amerikanische Gewerkschaft war, die vor fast einem Jahrhundert die „Rassenschranken“ durchbrach, indem sie erstmals auch afro-amerikanische ArbeiterInnen organisierte.

Juntos vamos a ganar? Si!

Caesar Chavez begann 1952 in Kalifornien im Auftrag der „Community Service Organization (CSO), einer Bürgerrechtsgruppe für Latinos, als Gewerkschafts-Organizer zu arbeiten. Dabei reiste er durch Kalifornien und versuchte mexikanische MigrantInnen dazu zu bewegen, sich registrieren zu lassen, damit sie an Wahlen teilnehmen können. Er setzte sich für die Rechte der hispanischen ArbeiterInnen ein und gründete 1962



zusammen mit Dolores Huerta eine Vereinigung der LandarbeiterInnen, die sich später „United Farm Workers“ (UFW) nannte. Zu deren spektakulärsten und aufsehenerregendsten Aktionen zählten 1965/66 der Lohnkampf philippinischer LandarbeiterInnen in den südkalifornischen Weinanbaugebieten sowie ein Streik der ErntearbeiterInnen in Delano, der in einem Marsch auf den kalifornischen Regierungssitz in Sacramento gipfelte. Dieser Streik, begleitet von einem Boykottaufruf der UFW gegen den Kauf von einheimischen Tafelwein, dauerte fünf Jahre und erregte in der gesamten USA großes Aufsehen.

Wenn jeder tun würde, was ihm Spass macht, wo kämen wir da hin?

"Wort und Schall" - Die offene Bühne für Literatur, Musik, Kleinkunst und Poetry Performance

20. Juni 2010, um 19.30. Uhr in der Galerie Café Käthe

Gebattelstr.34, 81541 München-Au

Mit Mayerbeetle

und drei Gästen der offenen Liste

Eintritt frei



Der Sozialismus ist aus einem Appell an die Freiheit geboren, aber die Ausübung der Macht wird ihn töten.

DER FRANZÖSISCHE ANARCHIST ANSELME BELLEGARRIGUE

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese

stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik, wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.

Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebsgruppen, Syndikaten und Lokalföderationen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen die-

nen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische

Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Militanter Widerstand in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

www.fau-m.de

Website der Lokalföderation München



www.fau.org

Website der bundesweiten FAU/IAA

Kontakt

Freie ArbeiterInnen Union - Lokalföderation München
Schwanthalerstr.139 (Rgb.)
80339 München

Alle Termine finden im Gewerkschaftsbüro (Adresse s.o.) statt

Allgemeines Syndikat:
Telefon: 089/51 26 20 19
E-Mail: faum@fau.org
Offenes Treffen Mittwoch (ungerade Kalenderwochen)
18.00 bis 21.00 Uhr
(keine Treffen an Feiertagen)

<p>Probeheft gratis! da-ab@fau.org</p>	 <h2>Ohne Worte kein Widerspruch</h2> <p>[Sprachrohr für die proletarische Würde]</p> <p>DA DIREKTE AKTION Kontextspezifische Leitung</p> <p>www.direkteaktion.org</p>
--	---

Impressum

Herausgegeben von dem Allgemeinen Syndikat (Asy), Bildungssyndikat (Bsy) und dem Syndikat für Gesundheits- und medizinische Berufe/Sanita (Gsy) in der FAU-IAA - Lokalföderation München
Vi.S.d.P.: P.Lohner / Schwanthalerstr. 139 (Rgb.) / 80339 München / E.i.S.
Auflage: 1000
Die Erstellung der Zeitung erfolgte mit kostenlosen Open-Source-Programmen so wie Scribus (Layout), OpenOffice (Textverarbeitung) und Gimp (Grafik). Sämtliche Texte sind frei nutz- und vervielfältigbar. Über einen Beleg würden wir uns freuen.

